



Großbaustelle eines Einkaufszentrums (in Essen): Es brummt wie lange nicht mehr

JOCHEN TACK / IMAGO

KONJUNKTUR

# Wirtschaftswunder 2.0

Experten in Regierung und Wissenschaft wundern sich über die Kraft des deutschen Aufschwungs. Er lässt die Arbeitslosigkeit schneller sinken und spült mehr Geld in die Staatskassen als alle früheren Konjunktur-Erholungen in der Geschichte der Republik. Warum eigentlich?

In Friedrichsdorf im Hochtaunuskreis boomt es China-gleich. Jedenfalls auf einem 4500 Quadratmeter großen Betriebsgelände an der Max-Planck-Straße. Dort produziert das Pharmaunternehmen Axicorp preiswerte Arzneimittel – mit beeindruckenden Wachstumsraten.

Firmengründer Holger Gehlhar will den Umsatz in diesem Jahr von 50 Millionen Euro auf 80 Millionen Euro steigern, die Belegschaft soll um 50 Prozent aufgestockt werden. 70 neue Arbeitsplätze sind geplant. „Dieses Jahr wird das beste in unserer fast fünfjährigen Firmengeschichte“, sagt der Inhaber.

Auch 300 Kilometer entfernt, in Kempten im Allgäu, läuft die Konjunktur auf Hochtouren. Bernhard Simon, Chef des Logistikunternehmens Dachser, möchte dieses Jahr 1000 neue Leute einstellen, 400 davon in Deutschland. Vergangenes Jahr waren es genauso viele. Ende des Jahres

werden dann 8600 Menschen für das Familienunternehmen im Inland arbeiten – über zehn Prozent mehr als noch 2005. „Unsere Geschäfte gehen so gut, weil die Geschäfte unserer Kunden prima laufen“, sagt der Firmenchef.

Mit Lastwagen, Schiffen und Zügen transportiert Dachser die Produkte von Autozulieferern, Werkzeugmaschinenherstellern und Elektronikfirmen. Kaum ein Bereich, mit dem der Logistikkonzern nicht zu tun hat.

Und überall das gleiche bunte Bild: Es brummt wie lange nicht mehr. „Die deutschen Firmen sind einfach wieder richtig stark geworden“, sagt Simon.

So oder so ähnlich klingt es landauf, landab. Der Aufschwung hat eine Kraft entwickelt, die auch kühnste Erwartungen übertrifft. Quer durch die Republik stocken die Personalchefs großer und kleiner Unternehmen ihre Belegschaften auf.

Die Einstellungswelle hinterlässt deutliche Spuren in der Arbeitsmarktstatistik. Von März 2006 bis März 2007 sank die Zahl der Jobsuchenden um fast 900 000, so stark wie nie zuvor in der Geschichte der Republik. Und so soll es weitergehen.

450 000 Jobs sollen in diesem Jahr neu entstehen, prognostizierten die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten, das sie am Donnerstag vergangener Woche vorstellten. Jeden Tag finden 1200 Menschen neue Arbeit. 2008 soll die Jobmaschine auf ähnlich hohen Touren weiterlaufen.

In diesem und im kommenden Jahr werde die Wirtschaft um jeweils 2,4 Prozent zulegen, sagen die Konjunkturforscher voraus.

Die Bundesregierung wird diese Einschätzung in ihre eigene Prognose übernehmen, vielleicht mit einem kleinen Abschlag für 2007 – und damit endgültig auf

Optimismus umschalten. Bislang hatte sie für 2007 mit 1,7 Prozent gerechnet.

Deutschland wächst mittlerweile in amerikanischen Dimensionen. Die US-Wirtschaft legte in den vergangenen Jahren zwischen drei und vier Prozent zu, allerdings bei kräftig wachsender Bevölkerung. In Deutschland dagegen stagniert die Einwohnerzahl. Beim aussagekräftigeren Vergleich des Pro-Kopf-Wachstums bewegen sich beide Länder in der gleichen Größenordnung.

Sollten die Prophezeiungen tatsächlich eintreffen, dürfte sich auch der hiesige Arbeitsmarkt amerikanischen Verhältnissen annähern. Im kommenden Jahr könnte die Zahl der Jobsuchenden immer näher an die Drei-Millionen-Marke heranrücken, kalkulieren Regierungsexperten.

Und nicht nur auf dem Arbeitsmarkt ist Besserung in Sicht. Beim Blick auf den Zustand der Staatsfinanzen von Minister Peer Steinbrück wird die Öffentlichkeit gegenwärtig Zeuge einer Art Wunderheilung. Die Steuereinnahmen steigen von Monat zu Monat mit zweistelligen Zuwachsraten im Vergleich zum Vorjahr. Das Staatsdefizit, also das Minus von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, schnurrt zusammen. Nächstes Jahr soll das Staatskonto ausgeglichen sein, sagen die Institute voraus. Zur Erinnerung: Noch vor zwei Jahren verstieß Deutschland gegen die Neuverschuldungsgrenze des Stabilitätspakts von drei Prozent.

Aufmerksam wird die neue deutsche Dynamik unter Regierungschefin Angela Merkel im Ausland registriert. Das no-

torisch deutschlandkritische Fachblatt „Financial Times“ aus London schreibt bewundernd von einem „neuen Wirtschaftswunder“ – und empfiehlt das Land als Vorbild für weniger dynamische Volkswirtschaften wie Frankreich oder Italien.

Nur: Was befeuert diesen Aufschwung? Wieso reagieren Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen diesmal so schnell und so stark? Die Experten beschäftigt auch die Frage, ob ein zusätzlicher Prozentpunkt Wachstum mittlerweile mehr Steuern und mehr neue Jobs bringt als früher. Und wenn ja, weshalb das überhaupt so ist.

Bei den Steuereinnahmen, so die einhellige Meinung von Wirtschaftsforschern, ist es noch zu früh, um die Frage eindeutig zu klären. Vor zehn Jahren galt die Faustregel, dass ein Prozent mehr Wachstum auch ein Prozent mehr Einnahmen für den Fiskus bedeutet.

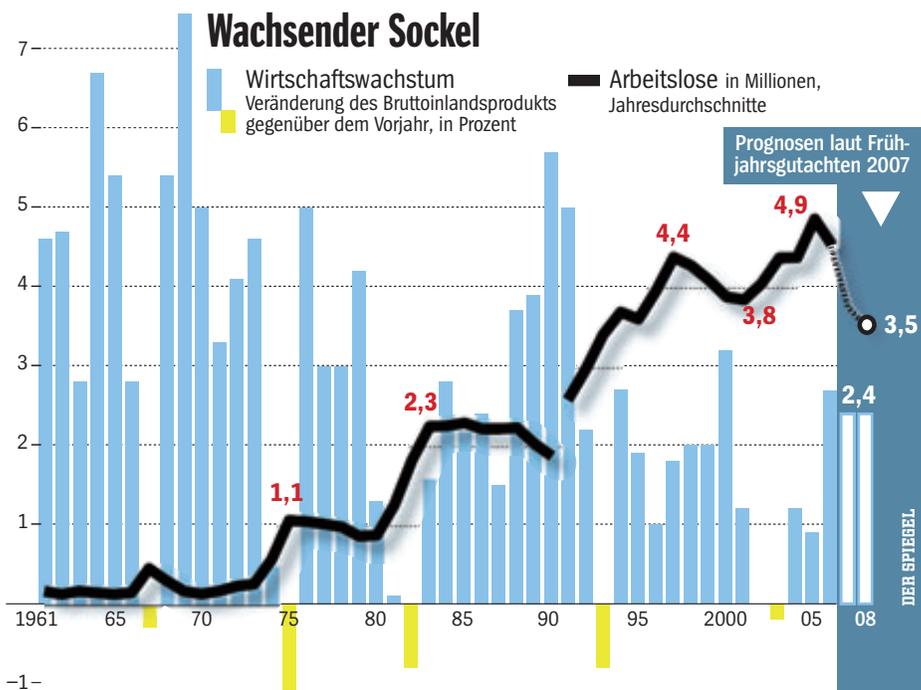
„Dieser Zusammenhang ist in den zurückliegenden Jahren eher schwächer geworden“, glaubt Michael Thöne, Geschäftsführer des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Universität Köln. Ein Prozent Wachstum ließ die Einnahmen nur um 0,6 Prozent steigen. Ursache dafür waren nicht zuletzt die Steuersenkungen seit Beginn der Jahrzehnts. Erst in jüngster Vergangenheit beobachten die Wissenschaftler eine Trendwende.

„Vor allem die Gewinnsteuern steigen kräftiger, als zu erwarten gewesen wäre“, hat Heinz Gebhardt, Steuerexperte beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, beobachtet. Der Grund: In den zurückliegenden Jahren, in denen Wachstum und Gewinne dümpelten, mussten die Unternehmen nur geringe Vorauszahlungen an die Finanzämter überweisen. Doch in den vergangenen beiden Jahren schossen die Gewinne nach oben. Nun wird nachversteuert.

Gleichzeitig verlangen die Finanzbeamten höhere Vorauszahlungen. „Eine solche Verzögerung von zwei bis drei Jahren ist im Aufschwung üblich, wenn auch nicht in dieser Größenordnung“, sagt Gebhardt.

Auch das höhere Aufkommen an Lohnsteuer lässt sich erklären. Hunderttausende Menschen haben neue Arbeit gefunden – und zahlen wieder Steuern. Die Finanzminister in Bund und Ländern dürfen sich über einen Nebeneffekt freuen: Jemand mit neuem Job konsumiert eifriger als ein Arbeitslosengeldbezieher.

Am Arbeitsmarkt ist der Effekt noch stärker: Im aktuellen Aufschwung entstehen weit mehr Jobs als während früherer Erholungen. Fachleute des Wirtschaftsministeriums haben das Phänomen analysiert – und beziffert. Von 1992 bis 2000 war ein Wachstum von mindestens 1,5 Prozent nötig, damit neue Arbeitsplätze entstanden. Diese Beschäftigungswelle ist



Finanzminister Steinbrück (l.), Kanzlerin Merkel\*: Zeugen einer Art Wunderheilung

\* Mit Wirtschaftsminister Michael Glos und dem Vorsitzenden des Sachverständigenrats Bert Rürup.

merklich gesunken, auf derzeit ein Prozent. Die Folge: Der Beschäftigungsaufbau setzt früher ein und fällt mit höherem Wachstum kräftiger aus als zu früheren Zeiten. Auslöser für die neue Beweglichkeit auf dem einst als verkrustet verschrienen deutschen Arbeitsmarkt war eine Reihe von Reformschritten, die jeder für sich als unzureichend kritisiert wurden, in der Summe aber dennoch Besserung brachten.

Den ersten Schwung an neuer Beschäftigung erlebten Zeitarbeitsfirmen. Deren Aufblühen wurde erst möglich, als die Bundesregierung nahezu sämtliche Beschränkungen für die Branche aufhob – und damit den beschäftigungshemmenden Kündigungsschutz austrickste.

lobt Wolfgang Franz, Arbeitsmarktexperte und Mitglied im Sachverständigenrat.

Doch der wohl größte Anteil am Aufschwung kam ohne Zutun der Politiker zustande. Das Verdienst gebührt den Tarifparteien, also Arbeitgebern und Gewerkschaften. Über Jahre schlossen sie zurückhaltende Tarifverträge ab. In der Folge sanken die Lohnstückkosten oder stiegen zumindest nicht so stark wie in anderen Ländern (siehe Grafik). Die Messzahl beschreibt das Verhältnis von Löhnen zur Produktivität und ist damit ein aussagekräftiger Maßstab für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Ihre Kernaussage: Ein Land hat zwei Möglichkeiten, seine Konkurrenzfähigkeit zu steigern. Entweder dämpft es Löhner-

(siehe Seite 84). „Damit würde die mühsam gewonnene Flexibilität wieder gefährdet.“ Es steht einiges auf dem Spiel: Deutschland erlebt einen geradezu muster-gültigen Aufschwung, der allerdings auch ausländischer Nachfrage zu verdanken ist.

Lohnzurückhaltung und eine attraktive Produktpalette ließen zuerst die Exporte steigen. Hinzu kam Glück: In Asien und Osteuropa entwickeln sich gigantische Wirtschaftsräume. Diese Länder gieren nach Waren, auf deren Produktion sich Deutschland besonders gut versteht: Werkzeugmaschinen, komplette Fabriken, Autos. Nun springt – zum Schluss – auch noch der vielbeschworene Konsum an.

Zweifler, die die Entwicklung nur als vorübergehende konjunkturelle Belebung se-



Firmengründer Gehlhar, Speditionschef Simon: Jeden Tag finden 1200 Menschen neue Arbeit

Mittlerweile stellen die Firmen auch wieder selbst ein. Zahlreiche Bündnisse für Arbeit räumten auf Betriebsebene Einstellungs-hemmnisse ab. So wurden die Arbeitszeiten an vielen Orten verlängert, Zulagen gestrichen, sogar Gehälter gekürzt. All das war schmerzhaft für die Beschäftigten, führt aber nun dazu, dass Unternehmen wieder mehr Jobs schaffen als streichen oder ins Ausland verlagern.

Auch die vielgescholtenen Arbeitsmarktgesetze der rot-grünen Bundesregierung, Hartz I bis IV, entfalten ihre Wirkung. Der Druck auf Arbeitslose, eine neue Beschäftigung anzunehmen, ist gestiegen. Auch können die Arbeitsagenturen nun im Aufschwung vielen Dauer-arbeitslosen wieder neue Beschäftigung anbieten. Die Möglichkeiten, eine solche Offerte straflos auszuschlagen, sind deutlich reduziert worden. Drückeberger müssen nun mit Abschlägen rechnen. Und die staatlichen Arbeitsvermittler geben sich erkennbar mehr Mühe als früher.

Daneben wurden unnütze Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gestrichen. Ähnlich erging es Anreizprogrammen für Frühverrentungen. Sie verleiteten Firmen dazu, ältere Mitarbeiter auf Kosten der Allgemeinheit vorzeitig aufs Altenteil zu schicken. „Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht alles falsch gemacht“,

höhungen, oder es steigert seine Produktivität. Deutschland macht derzeit beides.

„Es wäre leichtsinnig, wenn die Gewerkschaften diese erfreuliche Entwicklung mit überzogenen Lohnforderungen aufs Spiel setzen“, warnt der Wirtschaftsweise Franz. Seine Kollegen in den Instituten rechnen jedoch noch mit der kollektiven Vernunft der Tarifpartner. Sie unterstellen, dass sie auch dieses Jahr konjunkturverträgliche Abschlüsse vereinbaren. Für genauso kontraproduktiv wie zu hohe Lohnabschlüsse hält Franz die aktuellen Mindestlohnpläne

hen, geraten mittlerweile in die Minderheit – und in Argumentationsnot. Selbst konditionsstarke Skeptiker wechseln das Lager. So sieht Bundesbankpräsident Axel Weber kein Ende des Booms. Der Aufschwung zeige noch keine „Ermüdungserscheinungen“.

Dennoch bleiben Risiken, die auch die Optimisten nicht verschweigen. So könnte ein weiter steigender Euro die Exporte Deutschlands gefährden – auch wenn der größte Teil der Waren in die Euro-Zone ausgeführt wird. Zudem könnte der Abschwung in den USA die deutsche Wirtschaft empfindlich treffen.

Experten sehen die Gefahren indes mit erstaunlicher Gelassenheit. Sie glauben, dass Deutschland solche Störungen wegen seiner Reformanstrengungen besser wegstecken könne als früher. Als Beleg gilt ihnen die gerade verdaute Mehrwertsteuererhöhung. Früher hätte derlei ausgereicht, um die Konjunktur abzuwürgen.

Und so scheint gar eine eherne Gesetzmäßigkeit zu fallen: In den vergangenen 30 Jahren lag die Arbeitslosenzahl am Ende eines Konjunkturzyklus immer höher als zu seinem Beginn, die Sockelarbeitslosigkeit stieg weiter. Hilmar Schneider vom Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit ist wie andere Fachleute zuversichtlich: „Wir sind auf gutem Weg, jetzt diesen Trend zu brechen.“

CHRISTIAN REIERMANN

